

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.05.2024 im
Feuerwehrtechnische Zentrale (großer Lehrsaal), Wangerländische Straße 40,
Jever

Beginn: 15:30 Uhr

Ende: 17:15 Uhr

Teilnehmer/innen:

Vorsitzende

Sudholz, Melanie

Mitglieder

Kruse, Timmy

Lammers, Anke

Osterloh, Uwe

Wilken, Wilhelm

stimmberechtigte Hinzugewählte

Langer, Kai

Zenker-Wandschneider, Sandro

beratende Mitglieder

Cramer, Ann-Kathrin

Haartje, Estelle

Herzog, Antonia

Homfeldt, Marion

Renken, Birgit

Zobel, Herko

Angehörige der Verwaltung

Bohlsen, Nicole

Bruchmann, Maria

Karmires, Nicola

Vogelbusch, Silke

Gäste/informativ

Hans, Marcel

Möller, Jan Ole

Gäste Janssen, Imke

Dr. phil. Schürmann, Alissa

Tjaden, Dominik

anwesend bis TOP 4.2.1

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Die Vorsitzende Frau Sudholz begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Ladung werden festgestellt.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.03.2024

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.03.2024 wird einstimmig genehmigt.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Keine

TOP 4 Berichte und Vorlagen der öffentlichen Sitzung

TOP 4.1 Berichte und Vorlagen für den Kreistag:

TOP 4.1.1 Berufung der Wahlleitung für die Wahl des Jugendparlamentes Friesland 2024 Vorlage: 0827/2024

Begründung:

Gemäß §5 der Wahlordnung des Jugendparlamentes Friesland ist die Wahlleitung vom Kreistag auf Vorschlag des Landrates zu berufen. Ein entsprechender Beschluss steht noch aus.

Die Wahlen des Jugendparlamentes Friesland finden, gemäß §1 der Wahlordnung, im Zeitraum zwischen August und September 2024 statt. Erste formale Handlungen durch die Wahlleitung, wie beispielsweise die Veröffentlichung der Bekanntmachung, müssen Ende Juni 2024 erfolgen.

Frau Herzog berichtet über die anstehende Neuwahl des Jugendparlamentes im September 2024.

Beschluss:

1. Frau Vogelbusch, erste Kreisrätin des Landkreises Friesland, wird zur Wahlleiterin und Frau Renken, Leiterin des Fachbereiches Jugend, Familie, Schule und Kultur, zur Stellvertretenden Wahlleiterin für die Wahl des Jugendparlamentes Friesland 2024 berufen.
2. Das Gremium wird um Zustimmung gebeten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 26. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung 4.1.2 Vorlage: 0834/2024

Begründung:

Mit dem Kindertagesstättenbedarfsplan 2023/24 werden die Bedarfe an Betreuungsplätzen für die nächsten Jahre dargestellt.

Nach §21NKiTag ist eine jährliche Fortschreibung der Plätze in den Kindertagesstätten sowie in der Kindertagespflege verpflichtend.

Für das aktuelle Kindergartenjahr stehen insgesamt im Landkreis Friesland 962 Krippenplätze sowie 2.999 Kindergartenplätze zu Verfügung. Mit Blick auf die nächsten Jahre und dem zu erwartenden Bevölkerungsrückgang werden zukünftig ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Neben den Betreuungsplätzen in Krippen und Kindergärten werden auch die Betreuungsplätze in der Tagespflege sowie im Hort dargestellt.

Frau Cramer stellt die Vorlage vor. Sie berichtet über die Betreuungsquote der Kinder in den Kindertageseinrichtungen im Landkreis Friesland und erläutert diese. Im Hinblick auf die nächsten Jahre sei davon auszugehen, dass die Zahl der Kinder rückläufig sein werde und ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz in den nächsten Jahren sichergestellt werden könne. Jedoch müssen Faktoren, die zu einem Anstieg der Bevölkerungszahlen führen könnten, wie z. B. globale Krisen, Kriege und der damit verbundenen Fluchtbewegungen, müssten im Blick behalten werden.

Herr KTA Kruse weist darauf hin, dass seit 2018 die Bevölkerungszahlen im Landkreis Friesland kontinuierlich nach oben gegangen seien und möchte wissen, warum für die nächsten Jahre ein Bevölkerungsrückgang angenommen werde.

Frau Cramer erläutert die Berechnungsgrundlage. Sie sei des Weiteren der Ansicht, dass sich die Betreuungsart in den nächsten Jahren verändern werde. Es wäre möglich, dass mehr Ganztagesplätze benötigt würden, was nicht hieße, dass weniger Fachkräfte benötigt würden, das Gegenteil wäre der Fall. Frau Cramer macht zudem darauf aufmerksam, dass der Landkreis Friesland der 2. älteste Landkreis sei.

Die Erste Kreisrätin Frau Vogelbusch benennt den Umstand, dass die Geburtenrate sinken würde und es einen hohen Zuzug aus anderen Bereichen gäbe. Zu erwähnen sei der Zuzug durch Pensionäre. Weiterhin teilt sie mit, dass dies lediglich eine Prognose sei. Jedes Jahr würde eine neue Planung erstellt. Der Landkreis stünde in engem Austausch mit Städten und Gemeinden, so dass im Falle von bevorstehenden Änderungen schnell reagiert werden könne.

Herr KTA Wilken möchte wissen, ob die Kindertagespflege in die Betreuungsquote mit einberechnet sei. Frau Vogelbusch bejaht dieses und gibt an, dass diese in der Gesamtsumme mit einberechnet worden sei.

Die Vorsitzende Frau Sudholz möchte wissen, ob die Flüchtlingszahlen mit eingerechnet seien, was Frau Cramer bejahte.

Des Weiteren möchte die Vorsitzende Frau Sudholz wissen, ob es auf Grund der Ganztagsbetreuung möglicherweise zu Engpässen in der Beratung kommen könne und ob es dazu schon Überlegungen gäbe.

Frau Camer verweist auf die schwierige Situation in Anbetracht des Fachkräftemangels und der zeitintensiven Beratungsgespräche mit den Eltern.

Frau Renken erläutert die schon länger andauernde Situation und der Schwierigkeit, die Eltern zu erreichen und zu beraten. Sie benennt den Umstand, dass Kinder in den letzten Jahren immer auffälliger und herausfordernder geworden seien. Tatsächlich sei es auch so, dass es Eltern zunehmend schwerer fallen würde die Kinder aufzufangen, von daher sehe sie einen gesteigerten Bedarf. Ihrer Meinung nach sei es wichtig, in den Kindergärten Elterngespräche zu führen und verweist gleichzeitig auf die immer mehr werdenden Aufgaben der Erzieherinnen.

Frau Homfeldt berichtet aus ihrem Alltag in den Kindertagesstätten. Sie äußert, dass sie Elterngespräche heutzutage viel bedeutender fände als früher. Sie erklärt, dass dies vielmehr Entwicklungsgespräche seien, um Eltern die Entwicklung der Kinder zu verdeutlichen. Frau Homfeldt stellt klar, dass sie es als wichtig erachtet, eine Fachberaterin in jeder Einrichtung zu installieren, die in diesem Bereich geschult sei und eine Weiterbildung vorweisen könne. Gerade in Bezug auf schwierige Elterngespräche sei dies von Vorteil.

Beschluss:

Das Gremium beschließt die 26. Fortschreibung der Kindertagesstättenbedarfsplanung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.1.3 Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses mit einem Vertreter des Gemeindejugendrings Zetel Vorlage: 0835/2024

Begründung:

Der Kreisjugendverband hat Herrn Jens Schledorn für die Besetzung des Fachausschusses vorgeschlagen. Dieser soll zukünftig im Jugendhilfeausschuss als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied mitwirken können.

Beschluss:

Das Gremium stimmt der Neubesetzung des Jugendhilfeausschusses mit Herrn Jens Schledorn, einem Vertreter des Gemeindefjugendrings, als stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

TOP 4.2 Berichte und Vorlagen für den Kreisausschuss:

TOP 4.2.1 Vorstellung Ergebnis Schülerbefragung zum Thema Suchtmittel Vorlage: 0829/2024

Darstellung des Sachverhaltes:

Frau Dr. phil. Alissa Schüürmann, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg stellt ihre Abschlussarbeit vor.

Frau Schüürmann stellt sich und ihre Arbeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg vor. Sie berichtet von ihrem Kooperationsprojekt mit dem Kreispräventionsrat in Friesland und stellt ihren Abschlussbericht vor.

Sie erläutert von der Befragung an 6 weiterführenden Schulen in Friesland und dass es Stichproben von insgesamt 738 Schülern aus allen Schulformen der Sekundarstufe I gegeben hätte.

Sie merkt an, dass für alle Drogenarten Monatsprävalenzen ermittelt worden seien. Im Bereich der legalen Drogen wie dem Tabakkonsum lag der Wert bei 16,9 %, was einem Konsum von 1-mal pro Woche entspräche. Der monatliche Tabakkonsum steige mit Klassenstufe signifikant an. Bei Konsum des Alkohols läge der Wert bei 36 %, was ebenfalls einem Konsum von 1-mal pro Woche entspräche.

Des Weiteren wurden die Motive abgefragt. Zur Befragung nach illegalen Drogen wie Cannabis, Ecstasy und Designerdrogen ergab die Stichprobe, dass der Konsum bei 9,4 % monatlich läge.

Zusammenfassend könne man sagen, dass der ermittelte Wert des Konsums im Gegensatz zur BzGA-Studie von 2022 erhöht sei und geht hiernach näher auf die Prävention ein.

Frau Janssen, Mitarbeiterin der Paritätischen Suchthilfe Niedersachsen, berichtet aus ihrem Alltag als Beraterin und teilt dem Gremium mit, wie wichtig das Thema Prävention sei. Gerade im Hinblick auf die Cannabis-Legalisierung äußert sie den Wunsch nach einem Arbeitskreis, der schon einmal ins Leben gerufen worden war.

Frau Haartje erkundigt sich nach sozialen Motiven und möchte wissen, ob es bereits Konzepte gäbe.

Frau Schüürmann entgegnet, dass das beste Mittel in der universellen Prävention läge und Lebenskompetenztrainings ein wichtiger Hebel seien.

Frau Janssen berichtet noch einmal aus ihrem Alltag in der Paritätischen Suchthilfe und geht dabei näher auf das Thema Alkoholkonsum ein.

Herr Hans gibt den Hinweis, dass die letzte Erhebung aus dem Jahr 2022 stamme und im Hinblick auf die neuen Zigaretten seine Vermutung sei, dass sich die Zahl des Zigarettenkonsums vermutlich zwischenzeitlich deutlich erhöht haben könnte.

Herr KTA Wilken möchte wissen, wer zu dem benannten Arbeitskreis einladen würde.

Die Erste Kreisrätin Frau Vogelbusch berichtet, dass es zu seinerzeit einen Kreispräventionsrat mit Externen Mitgliedern gegen hätte, in dem u.a. die Drogenberatung und die Polizei involviert gewesen wären. Man würde jetzt den Dezernenten des Ordnungsamtes Herrn Niebuhr mobilisieren, diesen Arbeitskreis wieder aufleben zu lassen.

Die Vorsitzende Frau Sudholz erfragt, wo bei der Prävention angesetzt werden müsse, um Erfolg zu haben.

Frau Schüürmann gibt an, dass die universelle Prävention bereits im Grundschulalter Auswirkungen auf das Jugendalter hätte. Sie berichtet von Langzeitstudien, in denen sich herausgestellt hat, dass diese insgesamt einen Langzeiteffekt bis ins Jugendalter gehabt hätten. Ihrer Ansicht nach gäbe es keinen zu frühen Zeitpunkt.

Frau Cramer berichtet von Programmen, die diesbezüglich bereits an den Schulen stattfinden.

Frau Homfeldt bricht das vorher Gesagte auf die Kindergärten herunter und teilt die Meinung, dass der Anfang für eine gute Drogenprävention sei, Kinder bereits im Kindergartenalter selbständig und resilient zu machen.

Herr Zenker-Wandschneider fragt, welche Möglichkeit bestünde, die Eltern im Bereich Alkoholkonsum, der in der Gesellschaft schon fast als normal gilt, abzuholen.

Frau Janssen teilt mit, dass es in der Praxis leider oft vorkommen würde, dass in der Präventionsarbeit Eltern nicht erreicht würden, für die es sinnvoll wäre.

Herr Zenko-Wandschneider würde sich wünschen, dass die heute jungen Menschen, die später einmal selbst Eltern sein werden, mit bestimmten Präventionsmaßnahmen abgeholt würden.

Frau Renken führt dazu aus, dass es vor einigen Jahren in Heidelberg Präventionskurse „Wir werden Eltern“ gegeben hätte, wo präventiv in der vorgeburtlichen Zeit angesetzt worden ist. Der Landkreis würde über die frühen Hilfen ähnliche Kurse anbieten.

Die Vorsitzende Frau Sudholz sieht deutlichen Handlungsbedarf und bittet die Verwaltung darum, den Arbeitskreis wieder aufleben zu lassen.

Frau Schüürmann verlässt den Raum um 16.30 Uhr.

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Die Verwaltung bittet das Gremium um Kenntnisnahme.

TOP Legalisierung Cannabis-Konsum
4.2.2 Vorlage: 0836/2024

Darstellung des Sachverhaltes:

Am 23.02.2024 wurde das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis und zur Änderung weiterer Vorschriften (Cannabisgesetz) vom Deutschen Bundestag beschlossen. Im Bundesrat wurde das Cannabisgesetz (CanG) am 22.03.2024 beraten und gebilligt.

Mit dem CanG wird der private Eigenanbau durch Erwachsene zum Eigenkonsum sowie der gemeinschaftliche, nicht-gewerbliche Eigenanbau von Cannabis in Anbauvereinigungen legalisiert. Die Umsetzung erfolgt nach einem 2-Säulen-Modell:

- Mit der **Säule 1** wurde der private Eigenanbau durch Erwachsene zum Eigenkonsum sowie der gemeinschaftliche, nicht-gewerbliche Eigenanbau von Cannabis in sogenannten Anbauvereinigungen geregelt. Mit Ausnahme der Regelungen zu Anbauvereinigungen ist dieses Gesetz am 01.04.2024 in Kraft getreten. Die Regelungen zu den Anbauvereinigungen treten am 01.07.2024 in Kraft.
- Die **Säule 2** sieht regionale Modellvorhaben mit kommerziellen Lieferketten vor.

Der Erwerb, Besitz und Anbau ist für Minderjährige nach wie vor verboten. Verstoßen Kinder und Jugendliche gegen das Verbot, soll die zuständige Polizei- und Ordnungsbehörde die Personensorgeberechtigten darüber informieren. Bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Gefährdung des Wohls des Kindes oder des Jugendlichen ist zudem der zuständige örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe zu informieren. Dieser hat darauf hinzuwirken, dass die jeweiligen Kinder oder Jugendlichen geeignete Frühinterventionsmaßnahmen oder vergleichbare Maßnahmen auch anderer Leistungsträger in Anspruch nehmen.

Zu den Maßnahmen zur Verbesserung des Kinder- und Jugendschutzes von Seiten der Regierung zählen unter anderem:

- Weitergabe von Cannabis in Anbauvereinigungen ausschließlich an erwachsene Vereinsmitglieder und nur für den eigenen Bedarf mit strikter Alterskontrolle.
- Begrenzung des psychoaktiv wirkenden Tetrahydrocannabinol (THC) für Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren auf maximal 10 Prozent bei Weitergabe in Anbauvereinigungen sowie auf 30 g pro Monat.
- Ausbau der Präventionsangebote durch die BZgA.
- Ausbau der Frühinterventionsmaßnahmen für konsumierende Kinder und Jugendliche.
- Keine Zulassung von Anbauvereinigungen im Abstand von weniger als 200 Metern zum Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Kinderspielplätzen.
- Beschränkung des öffentlichen Konsums von Cannabis: kein Konsum in unmittelbarer Nähe von Personen unter 18 Jahren; kein Konsum in Anbauvereinigungen und in Sichtweite von Anbauvereinigungen; kein Konsum in Fußgängerzonen zwischen 7 und 20 Uhr; kein Konsum in Sichtweite von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielplätzen sowie öffentlich zugänglichen Sportstätten. Eine Sichtweite ist bei einem Abstand von mehr als 100 Metern von dem Eingangsbereich der genannten Einrichtungen nicht mehr gegeben.

Die aktuelle Situation im Landkreis Friesland, hinsichtlich möglicher Präventionsmaßnahmen im Bereich der Cannabislegalisierung, wird im Jugendhilfeausschuss mündlich erörtert und vorgetragen.

Frau Herzog stellt die Vorlage vor. Sie erläutert das Gefährdungspotential und die Nebenwirkungen, welche durch den Cannabis-Konsum entstehen würde. Sie weist auf psychische Störungen und Abhängigkeiten bei länger andauerndem Konsum hin. Des Weiteren klärt sie über den Paradigmenwechsel der Bundesregierung in der Suchtpolitik auf. Sie erläutert die Rechtsgrundlagen, die mit dem umstrittenen Cannabis-Gesetz einhergehen. Sie gibt Aufschluss über verschiedene Präventionsprojekte, wie z. B. „Der grüne Koffer“ oder das „SKOLL“ – Selbstkontrolltraining. Der Landkreis Friesland würde ebenfalls zwei Fachstellen für die Präventionsarbeit anbieten. Weiterhin stehe der Landkreis Friesland mit seinen unter-

schiedlichen Fachbereichen und seiner Expertise für verschiedenste Problematiken zur Verfügung.

Frau KTA Lammers bittet um eine Einschätzung der Gefahr, die das neue Gesetz mit sich bringe.

Frau Janssen teilt mit, dass es bereits normal sei, dass bereits 15-16jährige Kinder Cannabis konsumieren. Laut Studiendaten im Jahr 2014 seien die Zahlen des Cannabis-Konsums rückläufig. Sie beobachte dennoch eine vermehrte Beratung in ihrer Suchtpräventionsstelle.

Herr Zobel bezieht Stellung zum Thema Kontrolle und Konsumverhalten der Schüler an Schulen, worin er große Schwierigkeiten erkennt.

Herr KTA Kruse berichtet von Unterhaltungen mit Jugendlichen in Bezug auf den Cannabis-Konsum welche erkennen lassen, dass diesen bestimmte Eckdaten des neuen Gesetzes bekannt seien.

Herr Tjaden von der Polizeiinspektion Wilhelmshaven/Friesland ist ebenfalls der Meinung, dass eine Überprüfung schwierig sei und man diesbezüglich sehr schnell an seine Grenzen stoßen werde.

Herr Möller berichtet ebenfalls von seinen privaten Erfahrungen und zeigt sich skeptisch was die Kontrollierbarkeit angehe und ist sich sicher, dass es zu Verstößen kommen werde.

Herr KTA Wilken meint dazu, dass das neue Gesetz seine Tücken hätte, aber dennoch einen gesellschaftlichen Fakt aufzeige, der nun einzuordnen sei. Er sieht das neue entkriminalisierende Gesetz als nicht schlecht an, da nun versucht werde das Thema in normale Bahnen zu lenken. Er sieht einen richtigen Weg, der dennoch stetig nachjustiert werden müsse.

Frau Janssen pflichtet Herrn Wilken bei, gerade in dem Punkt, was die Entkriminalisierung angehe.

Frau Renken berichtet von der Zusammenarbeit mit der Polizei, den Jugendschützern und dem Ordnungsamt, um gefährdende Situationen ausfindig zu machen. Eine Illusion sei es jedoch, dass man den Schwarzmarkt kontrollieren könne. Für einen guten Austausch sei es unumgänglich, wohlwollend mit den Konsumenten umzugehen und man müsse schauen, wie man die Sache angehen werde.

Frau KTA Lammers erachtet den Aspekt der Evaluation für wichtig. Sie würde sich einen Hebel wünschen, der erläutert, auf was man reagieren müsse. Sei es eher der Alkohol- oder der Cannabis-Konsum. Ihre Idee wäre der Einbezug von Schulen, um etwas Aussagekräftiges zu haben.

Herr Tjaden berichtet, dass in der Zeit vom 01.04.2024 bis 30.04.2024 bei Verkehrsunfällen der Marker Cannabis gesetzt wurde. Das Ergebnis war, dass sich mehr Fälle als im Jahr 2023 zeigten, was auf eine Erhöhung im Cannabis-Konsum hindeute.

Die Vorsitzende Frau Sudholz erläutert warum es ihr wichtig war, diesen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen. Der Grund sei, dass sie von Schulleitern und Eltern angesprochen worden sei. Auf Grund des neuen Gesetzes zeigten diese sich besorgt, dass Präventionsmaßnahmen nicht mehr greifen könnten. Die Sorgen müssten ernst genommen werden. Sie hofft, dass dennoch die Präventionsmaßnahmen greifen und finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung gestellt würden. Sie hoffe ebenfalls sehr, dass es zu keinen vermehrten Verkehrsunfällen kommen werde.

Herr Tjaden klärt darüber auf, dass bisher 1,0 Nanogramm THC pro Milliliter im Blutserum erlaubt sei, dieser Grenzwert aber auf 3,5 Nanogramm erhöht werden solle. Der Kontrollwert

solle für Alkohol mit dem Wert 0,3 Promille vergleichbar sein. Ein weiteres Problem sei nun, dass Jugendliche mit E-Skootern und E-Bikes unterwegs wären. Seine Meinung ist, dass mehr Kontrollen durchgeführt werden müssen und es einer guten Aufklärungsarbeit bedürfe.

Die Vorsitzende Frau Sudholz erzählt von mehrfachen Unterhaltungen die sie mit Suchtkliniken geführt habe. Dort sei man der Meinung, dass Cannabis die Einstiegsdroge Nr. 1 wäre.

Herr KTA Osterloh wirft ein, dass seiner Meinung nach Alkohol die Einstiegsdroge Nr. 1 sei.

Kenntnisnahme/Empfehlung:

Das Gremium nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

TOP 5 Berichte aus anderen Gremien

TOP 6 Informationen aus dem Jugendparlament

**TOP 6.1 Zukunftsdialog für Friesland - Gemeinsam Demokratie gestalten -
Veranstaltung vom 29.04.2024**

Marcel Hans berichtet insgesamt von einer sehr gelungenen Veranstaltung mit verschiedenen Programmpunkten, die mit Musik, Themeninhalten und einer Podiumsdiskussion ausgestattet war. Des Weiteren berichtet er, dass das Jugendparlament ein Quiz vorbereitet hatte, bei dem der Landrat Herr Sven Ambrosy gegen den Ministerpräsidenten Stephan Weil angetreten war, was bei den Besuchern sehr gut ankam, da dies zur Unterhaltung aller Anwesenden beitrug.

TOP 7 Mitteilungen der Verwaltung

Keine

TOP 8 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

Keine

TOP 9 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

Keine

TOP 10 Anregungen und Beschwerden

Keine

gez. Melanie Sudholz
Vorsitzende

gez. Silke Vogelbusch
Erste Kreisrätin

gez. Nicole Bohlsen
Protokollführerin